

## Die Frohbotschaft: Schulen als Lernorte der Demokratie nach dem Schulgesetz Paragraph 1

Schulen haben in Deutschland den klaren Auftrag zur politischen und gesellschaftlichen Bildung. Sie sind staatlich eingerichtete Orte, an denen junge Menschen Demokratie und Grundwerte lernen sollen. Angesichts der multikulturellen Vielfalt und der gesamtpolitischen Weltlage gewinnen solche gesellschaftspolitischen Lernfelder eine ganz neue Bedeutung.

Angesichts des gegenwärtigen Szenarios an postfaktischen Verwässerungen und des erkennbar nationalistisch geprägten Wandels in den asiatischen, amerikanischen und europäischen Kulturen lohnt sich ein Blick in das Schulgesetz Baden-Württembergs (Stand 26.2.2016). Dort steht in Paragraph 1 geschrieben, dass sich der „Erziehungs- und Bildungsauftrag“ über die „Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten“ der Schule weit hinausgeht. Im zweiten Spiegelabsatz wird die die „Erziehung“ zur „Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ genannt. Sie ist das Grundfundament der Schule. Im dritten wird Erziehung als „Vorbereitung zur „Wahrnehmung „der „verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen rechte und Pflichten“ festgeschrieben. Im ersten Spiegelstrich wird das sogar mit der personalen Entwicklung in Bezug zur christlichen Gottesvorstellung und zum Geiste der christlichen Nächstenliebe in Bezug gesetzt.

Damit sind Schulen eben nicht nur zu Häusern des Wissens, sondern vor allem auch Häuser der Demokratie. Hier an diesen Orten der Gesellschaft können und sollen junge Menschen die Grundwerteordnung unserer Gesellschaft lernen. Die Demokratiefähigkeit steht am Ende der Schulpflicht. Es geht nach dem Paragraph 1 insbesondere darum, „die dazu notwendige Urteilens- und Entscheidungsfähigkeit“ zu vermitteln. Damit ist sicher mehr gemeint als alle vier oder 5 Jahre den ungeliebten Gang zur Wahlurne anzutreten. Es geht im Wesen insbesondere darum, auch ein Urteil für die Wahloptionen reflexiv und kognitiv zu treffen.

Gerade in Zeiten des politischen Paradigmenwandels und der Infragestellung sowie der erkennbaren Destabilisierung der bewährten freiheitlich-demokratischen Grundordnung solche Zeichen der Erfüllung des Politischen Erziehungsauftrages notwendig. Das geplante Projekt will hier ein deutlich erkennbares Zeichen setzen: eben dass Schulen, auch eine kaufmännische über den ökonomischen Bildungsauftrag auch den politischen Erziehungsbeitrag erfüllt und obendrein damit das Engagement der Schüler entsprechend würdigt und wertschätzt.

Dr. Patrik Schneider, Achern, 8. März 2017